

Hartz IV ist gescheitert!

Interview mit Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zum Hartz IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

☎ *Erwerbsloseninitiativen, Sozialverbände und Gewerkschaften begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Danach sind alle Hartz IV-Regelleistungen nicht verfassungsgemäß. Kommt es nun zu deutlich höheren Regelsätzen?*



Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, ist unter anderem für die Arbeitsmarktpolitik zuständig.

Urban: Einen solchen Automatismus gibt es leider nicht. Das Bundesverfassungsgericht sagt nicht, dass die Regelsätze offensichtlich unzureichend sind. Aber es sagt: Die Berechnung ist nicht nachvollziehbar. Bei den Kinder-Regel-

sätzen sind ganze Bereiche des speziellen Bedarfs nicht berücksichtigt worden. Die jährliche Anpassung der Regelsätze an die – schlechte – Entwicklung der Renten sei ebenfalls nicht akzeptabel und es müsse auch andere Möglichkeiten geben, zusätzlichen Bedarf geltend zu machen.

☎ *Es mehren sich die Stimmen, die verkünden, dass auch eine Regelsatzsenkung denkbar wäre. Guido Westerwelle warnt angesichts einer möglichen Regelsatzerhöhung gar vor »spät-römischer Dekadenz«.*

Urban: In der Tat: Einige aus Union und FDP versuchen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzumünzen, um eine Senkung der Regelsätze zu propagieren. Ich halte das für zynisch. Zu Entgleisungen, wie denjenigen von Herrn Westerwelle, kann man nur sagen: Das stellt die Debatte auf den Kopf. Die Dekadenz im alten Rom war keine Sache der Tagelöhner, Handwerker und Sklaven. Das Problem war das verantwortungslose Treiben der reichen Elite. Hartz IV hat nichts mit Dekadenz zu tun, sondern ist bittere Realität für ganz unterschiedliche Menschen – etwa für Alleinerziehende ohne Kinderbetreuung, arbeitslose Akademiker, ältere Arbeitslose ohne Aussicht auf eine neue Tätigkeit oder pre-

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

- ▶ Die Regelleistungen sind nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.
- ▶ Die bisherigen Regelungen bleiben bis zur Neuregelung weiter anwendbar.
- ▶ Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum sichert die Voraussetzungen für die physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
- ▶ Für die Ermittlung der Regelsätze hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen realitätsgerecht zu bemessen. Die Methoden und Berechnungsschritte sind nachvollziehbar offenzulegen.
- ▶ Die Festsetzung der Kinderregelsätze beruht auf einer freihändigen Setzung ohne irgendeine empirisch-methodische Fundierung.
- ▶ Die Anpassung der Regelsätze anhand des aktuellen Rentenwerts ist sachwidrig.
- ▶ Es fehlt eine Regelung für unbewendbaren, laufenden, besonderen Bedarf.
- ▶ Allerdings lässt sich nicht feststellen, dass der Gesamtbetrag der festgesetzten Leistungen unzureichend ist.

Wichtige Sonderregelung

- ▶ Nur ausnahmsweise können bereits vor der gesetzlichen Neuregelung Ansprüche für besondere Bedarfe geltend gemacht werden.

Für ein sozialstaatliches Le

Anlässlich des »fünffährigen Jubiläums« von Hartz IV, der anstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen und der bevorstehenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist eine Debatte um Hartz IV entbrannt. Zudem gibt es einen objektiven Problemdruck. Es besteht die Gefahr, dass infolge der Krise die Zahl von Hartz IV-Bezieherinnen und -Beziehern wachsen und der Druck auf die Belegschaften zunehmen wird.

Hartz IV ist gescheitert

Auch wenn viele Faktoren zur aktuellen Lage auf den Arbeitsmarkt beigetragen haben, ist nach fünf Jahren deutlich: Hartz IV hat keinen nachhaltigen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet, es hat die vorhanden Probleme verschärft und neue geschaffen.

Arbeitslosigkeit bleibt hoch: Das von der Hartz-Kommission angestrebte Ziel der Halbierung der registrierten Arbeitslosigkeit wurde nicht erreicht. Ein Vergleich der Wirtschaftszyklen vor und nach dem Jahr 2005 zeigt, dass eine positive Wirkung der Reformen zweifelhaft ist.

Hartz IV leistet der Ausbreitung prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen Vorschub: Hartz IV ist ein wesentlicher Teil der arbeitsmarktpolitischen Veränderungen der letzten Jahre, die zu einer Prekarisierung der Arbeitswelt und beigetragen haben.

Die Ausstiegsperspektiven aus Hartz IV sind schlecht und prekär: Der Ausstieg aus Hartz IV gelingt nur wenigen. Die Abgänger arbeiten oftmals zu Niedriglöhnen und in Jobs unter ihrer Qualifikati-

on. Vielfach findet eine Vermittlung in Leiharbeit statt.

Hartz IV befördert Armut: Hartz IV hat zur Ausweitung von »Armut trotz Arbeit« beigetragen. Es gewährleistet den Betroffenen insgesamt keine menschenwürdige Existenz. Durch die in den Regelsätzen enthaltenen Pauschalierungen wurde ein beträchtlicher Teil sogar schlechter gestellt. Überdies wird Hartz IV die Ausweitung von Altersarmut massiv befördern.

Fazit: Hartz IV ist eine Zumutung für die Betroffenen und Türöffner für Lohndumping!

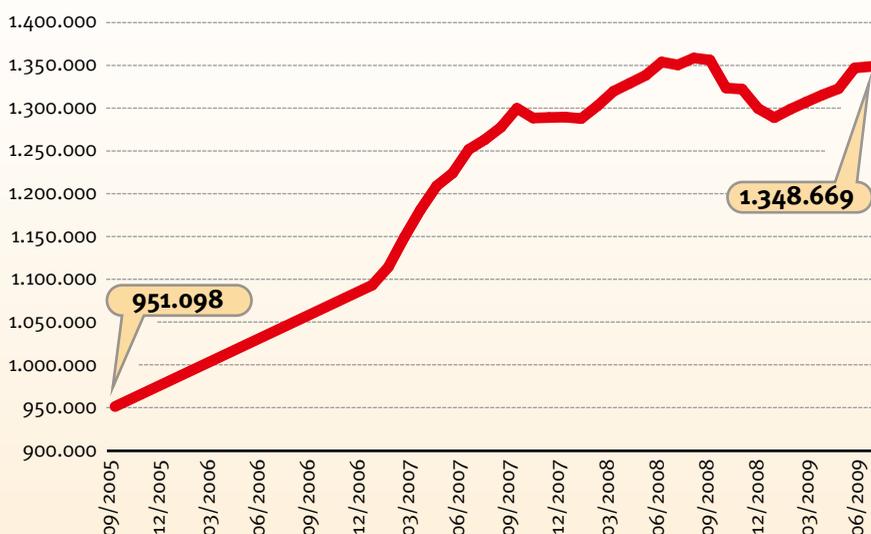
Reformvorschläge

Leistungen müssen bedarfsgerecht gestaltet, Zumutungen müssen beendet werden. Notwendig ist ein Schutz vor Lohndumping. Ein Abrutschen in Hartz IV muss vermieden werden.

1. Hartz IV vermeiden

- ▶ Die DGB-Forderung nach einem Überbrückungsgeld nach Auslaufen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld I ist sinnvoll: in der Krise bedarf es Maßnahmen, die das Abrutschen in Hartz IV vermeiden.
- ▶ Im Zentrum der Arbeitsförderung müssen längerfristige Maßnahmen stehen, die sozialversicherungspflichtig abgesichert sind und auf eine nachhaltige Vermittlung zielen.
- ▶ Die Verlängerung der Rahmenfrist auf drei Jahre würde vielen befristet und instabil Beschäftigten einen Anspruch auf Alg I

Entwicklung der erwerbstätigen Alg II-Bezieher (»Aufstocker«)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung; für die Zeit zwischen September 2005 und Januar 2007 standen keine Daten zur Verfügung.



Leistungsrecht statt Hartz IV!

sichern. Dies verhindert ein Abrutschen in Hartz IV.

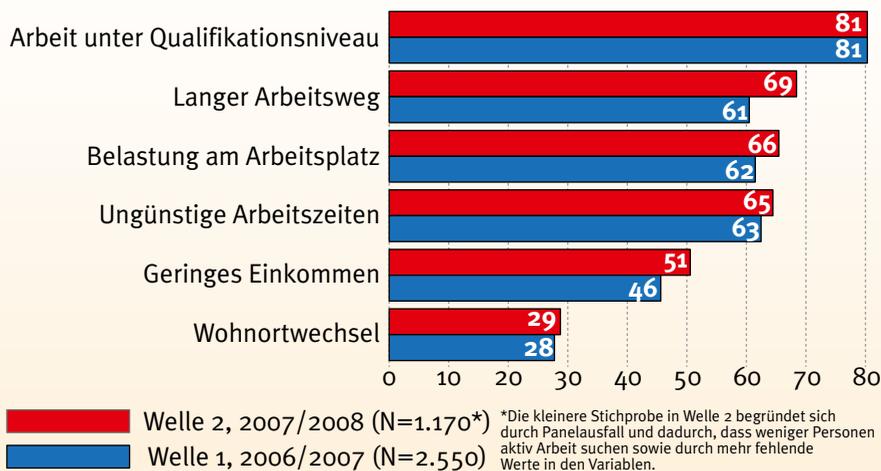
2. Leistungen bedarfsgerecht und existenzsicher gestalten

- ▶ Die IG Metall fordert, wie auch der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Anhebung des Regelsatzes auf 440 Euro. Überdies muss das Berechnungsmodell der Bundesregierung grundsätzlich bedarfsorientiert reformiert werden.
- ▶ Notwendig sind zudem eigenständige, bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder.
- ▶ Außerdem müssen einmalige Leistungen wieder eingeführt werden.
- ▶ Die Fortschreibung der Regelsatzhöhe muss künftig an die Lohn- und Gehaltsentwicklung gebunden werden.
- ▶ Die IG Metall fordert in ihrem »Neuen Generationenvertrag« eine Anhebung der Abführungen zur Rentenversicherung auf Basis von 75 Prozent des Durchschnittseinkommens. So entsteht ein zusätzlicher monatlicher Rentenanspruch in Höhe von etwa 20 Euro.
- ▶ Statt eines gesonderten Schonvermögens für die Alterssicherung sollte der Schonbetrag generell auf 900 Euro pro Lebensjahr angehoben werden.
- ▶ Es muss ein Konzept für eine stärkere Individualisierung des Alg II-Anspruchs entwickelt werden.

3. Zumutungen beenden – vor Lohndumping schützen

- ▶ Es braucht neue Zumutbarkeitsregelungen, die vor Lohndum-

Hartz IV-Empfänger, die bei der Arbeitsuche zu folgenden Konzessionen »auf jeden Fall« oder »eher« bereit wären



Quelle: IAB-Panelerhebung »Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung« (PASS)



- ▶ ping schützen, anstatt es zu befördern.
- ▶ Sanktionen beim Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II dürfen nur so bemessen sein, dass das soziokulturelle Existenzminimum nicht unterschritten wird.
- ▶ Die aktuellen Vorschläge zur Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen sind nicht akzeptabel. Sie bieten keine Perspektive, Menschen in existenzsichernde Beschäftigung zu vermitteln, sondern steigern vielmehr den Lohn- und Druck auf dem Arbeitsmarkt.

Fazit: Wir brauchen einen arbeitsmarktpolitischen Neustart

Hartz IV ist auf ganzer Linie gescheitert. Hartz IV hat nicht zu einem nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern zu einer Ausweitung und Verfestigung des Niedriglohnsektors beigetragen. Belegschaften wurden erpressbarer und das Leistungsniveau ist unzureichend. Notwendig ist eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik. Sie muss dazu beitragen, unterwertige Beschäftigung zu vermeiden, das Arbeitskräftepotenzial zu fördern und bei Erwerbslosigkeit den Lebensstandard zu sichern und Armut zu vermeiden.

Wesentlicher Bestandteil eines arbeitsmarktpolitischen Neustarts ist ein sozialstaatliches Leistungsrecht für Langzeitarbeitslose statt Hartz IV.

Es ist notwendig, sich aktiv in die Auseinandersetzung um Hartz IV und die gesamte Arbeitsmarktpolitik einzumischen. Es gilt, die Forderungen im Betrieb und in der Öffentlichkeit zur Debatte zu stellen und gemeinsam mit dem DGB, den Sozialverbänden und Initiativen auf einen Neustart in der Arbeitsmarktpolitik zu drängen.



»Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein.« Guido Westerwelle in: Die Welt, 11.02.2010. Foto: dpa/PictureAlliance.

kär Beschäftigte, die aufstockend Hartz IV benötigen. Das Grundproblem ist: Es fehlen schlicht existenzsichernde Arbeitsplätze. Herr Westerwelle diffamiert den schwächsten Teil der Bevölkerung und versucht, Menschen mit niedrigem oder mittlerem Arbeitseinkommen gegen Sozialleistungsbezieher auszuspielen.

☎ *Wieso engagiert sich die IG Metall in der Frage der Regelsätze? Zumindest auf den ersten Blick scheint dies für ihr Kernklientel doch von untergeordneter Bedeutung.*

Urban: Wir engagieren uns nicht nur in der Frage der Regelsätze, es geht insgesamt um den Sozialstaat. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung ist zum einen eine grundsätzliche Frage eines

solidarischen Miteinanders in der Gesellschaft. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können in die Situation kommen, auf Arbeitslosengeld I oder II angewiesen zu sein. Hinzu kommt: Die Höhe solcher Sozialleistungen und die Bedingungen, unter denen Menschen verpflichtet sind, Arbeit anzunehmen, haben massive Rückwirkungen auf das Lohnniveau. Wenn immer mehr Arbeitslose verpflichtet werden, zu Billiglöhnen ihre Arbeit zu verrichten, verschärft sich die Konkurrenz. Auch viele Beschäftigte sind dann gezwungen, ihre Arbeitskraft billiger anzubieten. Deshalb haben Beschäftigte und Arbeitslose ein gemeinsames Interesse an angemessenen Sozialleistungen.

☎ *Wie schätzt du die Entwicklung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein?*

Urban: Die Regelsätze sind ein wichtiger Baustein von Hartz IV: Dadurch, dass die Regelsätze für verfassungswidrig erklärt wurden, ist Hartz IV eine wichtige Grundlage entzogen. Ich meine: Hartz IV ist gescheitert. Wir brauchen nun einen arbeitsmarktpolitischen Neustart.

☎ *Was fordert die IG Metall?*

Urban: Wir wollen ein sozialstaatliches Leistungsrecht statt Hartz IV. Dazu gehören im ersten Schritt Regelsätze in Höhe von 440 Euro.

Überdies benötigen wir auch Regelsätze für Kinder, die nach Bedarfsgesichtspunkten ermittelt wurden. Hier orientieren wir uns ebenfalls an den Forderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Und wir brauchen in Zukunft wieder Zumutbarkeitsregelungen, die vor Lohndumping schützen anstatt es zu befördern. Unsere Vorstellung ist ein doppelter Schutz. Wir brauchen einen Qualifikationschutz und einen Entgeltenschutz im Recht der Zumutbarkeitsregelung. Und hinsichtlich Sanktionen muss gelten: Niemand darf so sanktioniert werden, dass das soziokulturelle Existenzminimum beschädigt wird. Das ist eine Frage der Würde.

☎ *Herzlichen Dank für das Gespräch.*